



Koalitionsvertrag

für die Stadtverordnetenversammlung 2011-2016 zwischen SPD und BFO/GRÜNEN in Ober-Ramstadt

Präambel

Die Wähler haben bei der Kommunalwahl am 27.03.2011 die Kooperationspartner der letzten Wahlperiode bestätigt.

Unsere Stadt steht vor großen Herausforderungen. Mit einer aktiven Wirtschaftspolitik soll Ober-Ramstadt weiter ein attraktiver Standort für bestehende und neu hinzukommende Unternehmen sein. Ober-Ramstadt muss sich finanziell weiter konsolidieren. Allen Programmen, Zielen und Entscheidungen liegt deshalb der Grundsatz einer sparsamen, aber zugleich sozialen und nachhaltigen Finanzpolitik zugrunde.

Für die Erhaltung und Verbesserung der Lebensqualität in unserer Stadt in Hinblick auf junge Familien, Senioren und städtische Einrichtungen werden die Koalitionspartner verantwortungsbewusst und vorausschauend arbeiten.

Wir streben einen zügigen Umbau der Gesellschaft hin zu einer atomkraftfreien und klimaneutralen Zukunft an.

Diesen Zielen fühlen sich beide Koalitionspartner verpflichtet.

Die Koalitionspartner wollen fair, verlässlich und vertrauensvoll in den Gremien der Stadt zusammenarbeiten und ihr Handeln verlässlich gestalten.

Organisationsform

Die Koalitionspartner sind sich darüber einig, dass die Haushalte der Wahlperiode 2011 bis 2016 auf Grundlage einer gemeinsamen Vorbereitung einstimmig verabschiedet werden und in Sach- und Personalfragen einstimmige Entscheidungen getroffen werden. Das Recht auf persönliche Erklärungen bleibt davon unberührt.

Anträge der Koalitionspartner werden untereinander abgestimmt und können nur eingebracht werden, wenn der Partner kein Veto einlegt. Einzubringende Anträge werden dem Partner rechtzeitig (mindestens 5 Tage) vor Einreichung zur Stellungnahme übermittelt.

Für Anträge anderer Fraktionen gilt folgendes Verfahren: Die Koalitionspartner verständigen sich nach der Aussprache in den Ausschüssen auf eine gemeinsame Reaktion, sind in der Aussprache in der Stadtverordnetenversammlung aber frei, ihre eigene Position öffentlich zu vertreten.

Es wird ein Koalitionsausschuss gebildet, der regelmäßig tagt. Er besteht aus dem Bürgermeister, je einem Magistratsmitglied, den Fraktions- und den Parteivorsitzenden bzw. deren Stellvertretern, den Ausschussvorsitzenden und dem Stadtverordnetenvorsteher.

Finanzen

Eine solide Finanzpolitik bedeutet für die Koalitionspartner dort zu investieren, wo es sinnvoll ist und nur dort zu sparen, wo es sozialverträglich und nachhaltig ist. Es bedeutet Steuern und Gebühren in dem Umfang erheben, dass die Stadt ihren Aufgaben in der Daseinsfürsorge nachkommen kann, ohne die Kosten als Schulden in die Zukunft zu vertagen.

Wirtschaftspolitik

Die Stadt betreibt aktiv die Ansiedlung von Gewerbetreibenden. Im Gewerbegebiet Pomawiese III sollen weitere Industrie- und auf dem MIAG Gelände Dienstleistungsunternehmen ansiedeln. Dabei wird stärker auf ökologische und energetische Aspekte der Ansiedlung geachtet werden. Gemeinsam mit Handel und Gewerbe werden die Koalitionspartner weiter für eine attraktive und lebendige Innenstadt eintreten. Im Stadtteil Modau wird die Ansiedlung eines neuen Lebensmittelmarktes aktiv unterstützt.

Energiewende

Die ausschließliche Nutzung regenerativen Stroms durch die Stadt wird beibehalten. Das beschlossene Energiesparkonzept für die städtischen Gebäude soll zügig vorgelegt und umgesetzt werden. Ober-Ramstadt soll zur „100%- Erneuerbare-Energien-Region“ werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wird in Zusammenarbeit mit einem geeigneten Büro ein Konzept entwickelt.

Familienpolitik

Ober-Ramstadt soll weiterhin ein attraktiver Wohnort für Familien sein. Dazu gehört ein verlässliches und bezahlbares Betreuungsangebot in Kindertagesstätten und Schulen sowie eine bedarfsgerechte flexible Betreuung. Die Zahl der Kinderbetreuungsplätze wird dem Bedarf entsprechend erhöht, das gilt insbesondere für unter 3-jährige Kinder. In Zuge dieser Maßnahmen sind die räumlichen Strukturen der Kindertagesstätten und Außenanlagen den neuen Anforderungen anzupassen. Im Rahmen der Qualitätssicherung soll das Budget zur Fort- und Weiterbildung der pädagogischen Fachkräfte erhöht werden.

Das Schulangebot von der Grundschule bis zur gymnasialen Oberstufe wird gemeinsam mit dem Schulträger erhalten und dieser wird darin unterstützt, ein flexibles und ausreichendes Betreuungsangebot zur Verfügung zu stellen. Die Ferienbetreuung wird in dem bestehenden Umfang fortgeführt.

Eine regelmäßige Befragung der Kinder und Eltern sichert den langfristigen Erfolg und die Zufriedenheit der Beteiligten.

Jungen Familien wird preisgünstiger Wohnraum auf dem MIAG-Gelände angeboten. Es wird ein Stadt und Stadtteile übergreifendes Konzept zur Spielplatzentwicklung erstellt. Ein besonderes Augenmerk wird auf die frühzeitige Schaffung von attraktiven Spielplätzen in Neubaugebieten (z.B. MIAG Gelände) gelegt.

Die erfolgreiche Seniorenpolitik wird weiter fortgeführt und wo nötig ausgebaut. Dazu gehört der MIDKOM-Bus, der für die Verbesserung der Mobilität älterer Menschen sorgt. Neue Wohnkonzepte wie z.B. betreutes Wohnen sollen auf dem MIAG-Gelände entstehen. Das ADZ in Modau und die mobilen Pflegedienste sollen unterstützt werden, um auch betagten und pflegebedürftigen Ober-Ramstädtern den dritten Lebensabschnitt in ihrem Wohnort zu ermöglichen.

Wir werden das Gespräch mit der Jugend suchen, um ihre Bedürfnisse bei Planungen berücksichtigen zu können.

Bürgerbeteiligung

Wir wollen das ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger weiter fördern. Bei städtebaulichen Maßnahmen sollen die Bürger frühzeitig in die Entscheidungsprozesse durch Arbeitskreise, Anhörungen und Informationsveranstaltungen eingebunden werden. Den Bürgern wird der Haushalt in geeigneter Weise dargelegt. Bei der Planung von Spielplätzen und anderen Flächen für Kinder und Jugendliche ist die Beteiligung späterer Nutzer zu überprüfen und nach Möglichkeit durchzuführen.

Bürgernahe Verwaltung

Die Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung soll weiter verbessert werden, wobei die Zielerreichung einer regelmäßigen internen Überprüfung unterliegt. Die Umsetzung einer bürgernahen Verwaltung wird weiterhin von Fort- und Weiterbildungen begleitet. Es wird

angestrebt, den Internetauftritt der Verwaltung zu verbessern, zu aktualisieren und benutzungsfreundlicher zu machen.

Neu hinzugezogene Bürger erhalten umfangreiches Informationsmaterial. Die Durchführung einer Informationsveranstaltung für Neubürger ist zu prüfen.

Umwelt- und Landwirtschaft

Die Koalitionspartner wollen eine vielfältige, ökologische orientierte Landwirtschaft in Ober-Ramstadt fördern. Es wird angestrebt, dass die städtischen, landwirtschaftlich genutzten Flächen ökologisch bewirtschaftet werden. Dafür sollen positive Rahmenbedingungen geschaffen werden. Maßnahmen zur Verbesserung des Boden-, Grundwasser- und Gewässerschutzes sollen weiter gefördert werden.

Der zu beschließende, aktualisierte Landschaftsplan ist durch Realisierung der vorgesehenen Pflegemaßnahmen schrittweise umzusetzen.

Für die Kommunalwald-Flächen soll ein nachhaltiger, naturnaher Waldbau gefördert werden.

Verkehr

Für die innerörtlichen Verkehrsprobleme wird in Zusammenarbeit mit den betroffenen Bürgern und einem Fachbüro nach Lösungen gesucht. Deshalb wird der Plan, eine Ortsumfahrung der Kernstadt im Zuge der K129 zu bauen, in dieser Legislaturperiode nicht weiter verfolgt.

Die Ortsumfahrung Hahn wird unter Beteiligung der Bürger zügig vorangetrieben. Es wird eine Lösung angestrebt, die eine geringstmögliche Belastung für die Bürger mit sich bringt und die Ortsdurchfahrt von Hahn vollständig von überörtlichem Verkehr befreit.

Die Koalitionspartner beabsichtigen die Tempo-30-Bereiche in der Ammerbachstraße und der Odenwaldstraße auszuweiten sowie die Entlastung des gesamten Stadtgebiets vom Verkehr durch verkehrslenkende und –beruhigende Maßnahmen. Das Radwegenetz soll ausgebaut werden.

Der öffentliche Personennahverkehr soll weiter gefördert werden. Die Ober-Ramstadt betreffenden Maßnahmen des Nahverkehrsplanes werden von der Stadt aktiv unterstützt.

Stadtentwicklung

Bei der Stadt- und Siedlungsentwicklung muss die demografische Entwicklung berücksichtigt werden. Großflächige Neubaugebiete im Außenbereich werden nicht mehr ausgewiesen. Neue Bauflächen sollen sich auf innerstädtische Flächen konzentrieren.

Die Stadt wird auf den Bau von Passiv- bzw. Niedrigenergiehäusern hinarbeiten.

Sport, Sportentwicklungsplan

Die Sporthallen und Anlagen werden den Vereinen weiterhin kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Sportanlage an der Lichtenbergschule wird vollendet und der Bau eines Kunstrasenplatzes in Modau unterstützt. Die Sanierung des Schwimmbads wird in Angriff genommen und soll dabei deutlich niedrigere Betriebskosten zum Ziel haben.

Die Umsetzung des Sportentwicklungsplanes soll unter breiter Beteiligung von Bürgern und Vereinen stattfinden.

Integrationsmaßnahmen

Die Integration unserer ausländischen Mitbürger wird durch die Koalitionspartner weiter vorgebracht. Dabei wird vor allem die Arbeit des Integrations-Arbeitskreises im „Bündnis für Familien“ verstärkt unterstützt und der Kontakt mit dem Fethiye-Verein intensiviert.

Kultur

Die Stadt wird auch in Zukunft die Kultur in Ober-Ramstadt maßgeblich unterstützen. Hierzu gehört neben der Bücherei, dem Heimatmuseum, dem Stadt- und Jugendorchester sowie den Bläserklassen der Georg-Christoph-Lichtenberg-Schule auch die Kooperation mit dem Ev. Dekanat Darmstadt-Land bei den DoKu-Veranstaltungen. Diese Angebote werden auch in Zeiten knapper Kassen erhalten und wo möglich ausgebaut. Die vielfältigen kulturellen Angebote der Vereine, die Kunstausstellungen im Rathaus, die Arbeit der Künstlergemeinschaft und der Schreibwerkstatt sowie die Kooperation mit den Kunstkursen der Schule werden weiterhin unterstützend begleitet. Wo es sinnvoll ist, werden neue Angebote unter dem Dach des „Bündnisses für Familien“ gebündelt und koordiniert.

Gremien

Um dem Ziel des energetischen Umbaus der Gesellschaft auch nach außen Gewicht zu verleihen, wird neben den drei bestehenden Ausschüssen, ein Ausschuss Umwelt und Energie gebildet.

Die Ausschussvorsitzenden werden von den Koalitionspartnern besetzt. (SPD 2, BFO 2).

Die Größe des Magistrates bleibt bei 9 Mitgliedern. Eine Listenverbindung für die Wahl gehen die Koalitionspartner nicht ein. Damit stellt die SPD den 1. Stadtrat. Ein Vertreter von BFO/GRÜNEN wird zum 1. Stellvertreter gewählt. Der Bürgermeister ist gemäß den einschlägigen Vorschriften der KGO für die Aufgabenverteilung innerhalb des Magistrates alleine zuständig. Der Bürgermeister wird - wie schon in der letzten Legislaturperiode - Arbeitsschwerpunkte gemeinsam mit den einzelnen Magistratsmitgliedern bearbeiten. Die Koalitionspartner können sich folgende Aufgabenteilung vorstellen:

- 1. Stadtrat Vierheller – allgemeine Vertretung, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Forsten
- Stadtrat Horst Becht und 1. Stadtrat Vierheller – Feuerwehrwesen
- Stadtrat Horst Becht – Friedhofswesen
- Stadtrat Helmut Eichler – Sportangelegenheiten
- Stadträtin Ursula Pullmann – Soziales
- Stadträtin Ursula Pullmann und Stadtrat Karl-Heinz Haas – Kultur
- Stadtrat Karl-Heinz Haas – Stärkung Vereinswesen, Ehrenamt
- Stadtrat Wolfgang Kress – Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung

Die Magistratsmitglieder von SPD und BFO/GRÜNEN werden in die Vorbereitung der Magistratssitzungen eingebunden.

Der Stadtverordnetenvorsteher wird von der SPD gestellt. Es werden 5 Stellvertreter gewählt. SPD stellt zwei, CDU, BFO und Auf Geht's stellen je einen Stellvertreter.

Die Koalitionsvereinbarung gilt nicht für den Ortsbeirat Rohrbach. Beide Partner behalten sich vor, einen eigenen Kandidaten für das Amt des Ortsvorstehers zu benennen.

Die Vertreter in den Verbänden werden nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen im Benehmen mit allen Fraktionen verteilt.

Ober-Ramstadt, .2011

Aron Krist
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Jürgen Wolf
(Fraktionsprecher der BFO/Grüne)